

Inserats, die sechsgefaltene Bettstelle oder deren Raum in der **Morgenausgabe** 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der **Mittagsausgabe** 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Erprobung für die **Mittagsausgabe** bis 8 Uhr **Vormittags**, für die **Morgenausgabe** bis 5 Uhr **Nachm.** angenommen.

Aenderung des Zolles nach der Valuta nur für eine längere  
 Periode eintreten zu lassen, dann ist die Frage, wie groß soll diese  
 Periode sein? Wenn man in Rußland Getreide kauft zu einem  
 bestimmten Zollsatz, der festgelegt ist nach Maßgabe des Rubelkurses  
 zu einem gewissen Zeitpunkt, so muß man berücksichtigen, daß in  
 dem Augenblick, wo das Getreide die Grenze überschreitet, der Zoll  
 sich schon geändert hat. (Sehr richtig! links.) Dasselbe ist bezüglich  
 der Transitslätter der Fall. Also was man durch einen Handels-  
 vertrag will, eine gewisse Stabilität herbeizuführen, das würde durch  
 eine solche Maßnahme geradezu umgekehrt und auf den Kopf  
 gestellt. Deshalb meint die Staatsregierung, es wäre vorzu-  
 ziehen, lieber keinen Handelsvertrag zu schließen. (Sehr richtig  
 rechts.) Ja, wenn Sie den Vorschlag als richtig anerkennen, dann  
 müssen Sie auch den Nachsatz als richtig anerkennen, nämlich lieber  
 keinen Handelsvertrag als einen solchen, wie  
 Sie ihn vorgeschlagen haben. Was aber zweifellos das  
 Wichtigste ist, es würde der Spekulation dadurch in einem  
 Maße Thür und Thor geöffnet, daß die Schwankungen  
 der Getreidepreise und das Drücken der Preise weit mehr vor-  
 sich gehen würden, als es sonst irgendwie der Fall wäre, und ge-  
 rade für diejenigen, welche ein Interesse an der Stabilität der Ge-  
 treidepreise haben und dieselben den Einflüssen der Spekulation  
 entziehen wollen, solcher Vorschlag unannehmbar sein. Ich resu-  
 mire mich also dahin, daß die Staatsregierung sich  
 nicht in der Lage befindet, ihre Zustimmung zu  
 Handelsverträgen an Bedingungen zu knüpfen,  
 die nicht zu erfüllen sind. Daß sie die Bedeutung der  
 Währungsfrage nicht verkennt, ist nach den Erklärungen des Land-  
 wirtschaftsministers im Herrenhaule außer Zweifel gestellt. Es  
 liegt in der festen Absicht der preussischen Regierung und in ihrem  
 dringenden Wunsche, nach Kräften dafür zu wirken, daß die von  
 Seiten der Reichsregierung in Aussicht genommene Enquete nicht  
 bloß zu einer akademischen Erörterung, sondern auch zu einem  
 praktischen Ergebnis führt. Auch die preussischen Handels-  
 und Gewerbeverbände haben ein lebhaftes Interesse daran, daß auf  
 Grund dieser Untersuchung Mittel und Wege gefunden werden, um  
 dem Rückgang und den beständigen Schwankungen des Silberpreises  
 einen Damm entgegenzusetzen. Verschiedene Betrachtungen führen zu  
 dieser Erwägung, zunächst die Frage, ob durch die veränderten  
 Maßnahmen der indischen und amerikanischen Regierungen die  
 Frage der Entziehung einer Goldknappheit nicht erheblich näher  
 gerückt ist. Auch in dieser Beziehung wird sich die Enquete be-  
 mühen, über die Lage der Verhältnisse Aufklärung zu bringen.  
 Dann kommen die Schwierigkeiten in Betracht, welche für die In-  
 dustrie bestehen, die nach Silberländern exportirt, und endlich ist  
 ein drittes Moment vorhanden, das des heimischen Berg-  
 baues. Wir sind ja nicht eines der hauptproduzierenden Silberländer,  
 aber immerhin kommen sowohl für die arbeitende Bevölkerung als  
 auch für andere wirtschaftliche Interessen die Schwankungen des  
 Silberpreises in Betracht. Ob der oberharzer Bergbau, der heute  
 noch wesentlich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung betrieben  
 wird, ohne daß ein erheblicher Gewinn erzielt wird, aufrecht er-  
 halten werden kann, wenn in Zukunft der Silberpreis noch weiter  
 heruntergeht, ist sehr zweifelhaft. In ähnlicher Lage befindet sich  
 der Mansfelder Bergbau. Für die Entscheidung der Frage, welche  
 Mittel etwa ergriffen werden können, um diesem Schwanke des  
 Silberpreises Einhalt zu thun, können allerdings die Verhältnisse  
 des heimischen Bergbaues nicht allein maßgebend sein, allein sie  
 werfen ein Gewicht in die Waagschale, auf welches die Regierung  
 doch auch Rücksicht nehmen muß.

Abg. Brömel (Fr. Bg.): Der Begründer der Interpellation hat sich von dem Ton der Agitation des Bundes der Landwirthe ferngehalten, das erkenne ich gern an, aber er hat nicht einmal den Versuch gemacht, die Schäden darzulegen, die angeblich aus den Währungsverhältnissen anderer Länder für unsere Landwirtschaft folgen. (Sachen rechts.) Wer solchen schädlichen Einfluß behauptet, muß das beweisen. Die Herren, die immer von der Nothlage der Landwirtschaft sprechen, nehmen es doch mit den thatsächlichen Angaben etwas zu leicht. Noch gestern hat Abg. v. Kardorff eine solche Rede gehalten. Ueber die Frage, in welchem Maße Substationen von Grundstücken vorgenommen werden, brauchen wir uns nicht auf die allgemeinen Angaben des Herrn v. Kardorff verlassen. Das unbestreitbare amtliche statistische Material giebt den Beweis, daß die Zwangs-Versteigerung der kleinen und kleinsten Grundstücke stetig abnimmt. Und in der Heimathprovinz des Abgeordneten von Kardorff, Schlesien, sind im Jahre 1891/92 nur 368 Grundstücke versteigert, während die Zahl der ländlichen Grundstücke nahezu 200 000 beträgt. An der Zahl der versteigerten Grundstücke ist der kleine Grundbesitz nur mit 21 pCt. theilhaft. Der kleine Grundbesitz versteht es also besser, sein Besitzthum zu halten als der Großgrundbesitz. (Hört, hört! links.) Im ganzen preussischen Staat beträgt der Antheil des kleinen Grundbesitzes an der Aubaufäche 54 pCt., während er an den Versteigerungen nur mit 20 pCt. theilhaft ist. Die gestrige Begegnung des Abg. v. Kardorff entbehrt also jeder thatsächlichen Begründung. Wenn man von Verschuldung des Grundbesitzes spricht, muß man auch berücksichtigen, daß 20 pCt. der bereits abgetragenen Hypotheken nicht eingetragen sind. Bei der Berechnung des Ertrags eines Grundstücks kann man nicht mit bloßen Angaben über die erzielten Körnerpreise operiren, dabei kommt doch auch die Menge der geernteten Getreidesorten in Betracht. Die Antwort des Ministers trägt hoffentlich dazu bei, daß man in den Einzellandtagen die Hand davon läßt, in schwebende internationale Verhandlungen eingreifen zu wollen. Die Annahme von einem Einfluß des Rubelskurses auf den Getreidepreis ist durchaus irrig, wie das Prof. Conrad in Halle nachgewiesen hat. Am 1. Juni 1892 betrug der Rubelskurs in Berlin 203, der Roggenpreis 189 M. pro Tonne, und am 24. Januar 1894 betrug der Rubelskurs 221 und der Roggenpreis 126 M. (Hört, hört! links.) Die Preisbildung in Ländern mit entwertheter Valuta richtet sich genau nach dem Weltmarktpreis. Argentinien hat schon längst eine entwerthete Papiervaluta und importirt große Getreidemengen nach Deutschland, es gehört zu den meistbegünstigten Staaten. Rußland bringt

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung eines Gesetzentwurfes, betr. die Abzahlungsgeſchäfte.

**Abg. v. Bunka** (d.-kons.): Die Grundlage des Abzahlungs-  
geschäfts an sich ist gut; es haben sich aber beklagenswerte Aus-  
wüchse entwickelt, die schädigend auf die Volkswohlfahrt wirken.  
Der vorliegende Entwurf will diese Auswüchse beseitigen. Als  
verderblich geradezu muß die volle Rückbehaltung der eingezahlten  
Raten nach Nichtinnahmehaltung des Kontraktes betrachtet werden.  
Durchaus zu billigen ist die Einbeziehung der sogen. verschleierten  
Abzahlungs-geschäfte in das Geschäft. In Bezug auf den Handel  
mit Lotterielooseen könnte der Entwurf weiter gehen. Wir wünschen  
die Vorlage im Plenum endgültig zu beraten.

Abg. **Spahn** (Chr.): Meine Freunde schließen sich diesem Wunsche an und möchten zugleich einer Beschränkung des Hausirhandels das Wort reden, der vielfach mit Abzahlungen arbeitet.

Abg. **Penzmann** (Fresl. Wp.): Auch wir wollen den wirthschaftlich Schwachen schützen. Diesen kommen aber die Abzahlungsgeschäfte zu Gute. Ich erinnere an den Kauf von Nähmaschinen und landwirthschaftlichen Maschinen. Wegen der Auswüchse können wir ein System nicht töbten. Man will das Gebiet der zu verkaufenden Waaren einschränken und eine Grenze zwischen Verbrauchs- und Luxusgegenständen machen; diese Grenze ist aber schwer zu ziehen. Ein gutes Beispiet kann unter Umständen auch als Medizin gelten. (Sehr gut! links.) Auch eine Cigarre ist nicht durchaus ein Luxus; ich wenigstens würde krank werden, wenn ich nicht rauchen dürfte. (Heiterkeit.) Der Bestimmung über die Verwirkungsklausel kann ich nicht beipflichten; der Verkäufer wird zu leicht einer Schädigung durch unredliche Käufer ausgesetzt. Ueber Abänderung des Modus der Ratenzurückbehaltung seitens des Verkäufers wird sich in zweiter Lesung oder in der Kommission verhandeln lassen, die ich persönlich gerne wünschte. Da ich andererseits aber eine baldige Verabschiedung des Gesetzes ersehne, stelle ich einen Antrag auf Kommissionsüberweisung nicht.

Abg. **Enneccerus** (natlib.) ist im Wesentlichen mit dem Inhalt des Entwurfes einverstanden, hält ja eingehende Prüfung durch eine Kommission für durchaus wünschenswerth. Redner steht in Bezug auf die Fälligkeitssklausel auf dem Boden der Vorlage.

**Hg. Werner** (Antisem.): Die Abzahlungs-geschäfte befinden sich vorwiegend in Juden Händen. Will man den Schutz des Schwachen proklamiren, so muß man der wucherischen Ausbeutung des Volkes durch jene Schmarohergewerbe energisch entgegen treten. Deshalb ist der Gesekentwurf der Regierung mit Freuden zu begrüßen. Wir wünschen, die zweite Lesung sogleich im Plenum vorzunehmen.

**Abg. Auer** (Soz.): Wir sind in der seltsamen Lage, einmal einem Regierungsentwurf zustimmen zu können. Die Mitglieder des Abschlagsgeschäfts verkennen wir nicht; gegen diese Mitglieder nimmt der Entwurf Stellung und deshalb begünstigen wir ihn. (Redner weist in längerer Ausführung auf die betrügerischen Machinationen im Abschlagsgeschäftsweisen und den diesbezüglich vorhandenen Mangel der gegenwärtigen Gesetzgebung hin.) — Darauf wendet sich Redner in längerer Debatte gegen den Vooz- und Lotterieschwindel und die Unzulänglichkeit der diesbezüglich geltenden Gesetze. Auch das Lebens-Vericherungsweisen sollte mit in den Wirkungskreis des Entwurfs einbezogen werden; namentlich sind es die neuerdings ins Leben getretenen Volksversicherungs-gesellschaften, die einen Hauptverdienst aus dem Einbehalten bezahlter Prämienfelder bei Nichtinbezahlung des Kontraktes ziehen. Die Mahnungspflicht der Gesellschaft bei bevorstehendem Zahlungstermin müßte mindestens eingeführt werden. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die zweite Lesung wird im Plenum stattfinden.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Waarenbezeichnungen.


Abg. Bören (Chr.) begrüßt den Entwurf auf erweiterten Schutz der Waarenbezeichnung mit Freuden. Auch werde durch den Entwurf das Anmelde- und Vorprüfungsverfahren erheblich erweitert. Das vorliegende Geleß gehe freilich nicht weit genug, so lasse Paragraph 15 immer noch Waarenverfälschungen zu. Redner bittet, den Entwurf einer Kommission von 21 Mitgliebern zu überweisen.

Abg. Dr. **Sammacher** (nl.) tritt im Wesentlichen den Ausführungen des Vorredners bei. Zur Entscheidung richtiger Sprüche über Warenzeichnerverletzung u. s. w. müßten durchaus Sachverständige rathgeberisch hinzugezogen werden, das Patentamt müsse die entscheidende Instanz bilden. Eine Kommission von 14 Mitgliedern würde genügen.

Staatssekretär im Reichsjustizamt **Niederding** rechtfertigt den Vorredner gegenüber den Verweisungen der Streitigkeiten vor die ordentlichen Gerichte.

Abg. **Schmidt**-Elberfeld (Freis. Vp.) stimmt dem Abg. Dr. Hammacher bei insofern, als auch er die Streitigkeiten über Anmeldung und Böschung der Waarenzeichen der Entscheidung des Parlaments überweisen möchte, rein zivilrechtliche Fragen aber den ordentlichen Gerichten. Redner vermißt im Entwurf einen genügenden Waaren- und Musterchutz des Inlandes gegen das Ausland, besonders gegen England. Die Engländer konfiszieren sogar Waaren im Transitverkehr. Demgegenüber müsse Deutschland Kettenfängern treffen.

Die Diskussion wird geschlossen und der Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 1 $\frac{1}{2}$  Uhr. (Spanisches Handelsprobi-  
torium, Invalidenfonds, Unterstützungswohnsitz.)   
Schluß 5 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung der von den Konservativen und Freikonservativen eingebrachten Interpellation v. Pröcher: Ist die Staatsregierung geneigt, im Bundesrathe dahin zu wirken, daß fernere, eine Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle enthaltende Handelsverträge nicht zum Abschluß gelangen, ohne daß eine angemessene Ausgleichung mit den Geldverhältnissen der in Betracht kommenden Konkurrenzländer stattgefunden hat oder gleichzeitia stattfindet?

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch erklärte sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation bemerkt  
Abg. v. Seydebrand u. d. Laſa (konl.): So dankbar wir dem Finanzminifter für ſeine Beſtrebungen zu Gunſten des Grundbeſitzes ſind, ſo ſehr wir die Maßnahmen anerkennen, die der Landwirtschaftsminifter uns in Ausſicht geſtellt hat, ſo glauben wir doch, daß der wiſſchaftliche Nebelſtand nur durch wiſſchaftliche Maßnahmen beſeitigt werden kann. Wenn die Thatſache feſtſteht, daß die Getreideernte ſinkt und die Produktionskoſten ſteigen, ſo handelt es ſich nicht mehr um eine Nothlage einzelner Landwirthe, ſondern der geſamten Landwirtschaft. Die Nothlage der Landwirtschaft iſt von großem Einfluß auf die Proſperität der übrigen Erwerbszweige. (Sehr richtig! recht.) Die Schilberung der Nothlage iſt hier mehr am Plage, als im Herrenhauſe, denn wir ſind doch eine Volksvertretung, wie man auch über das Wahlrecht zum Abgeordnetenhauſe denken mag. Die Landwirtschaft iſt das Rückgrat des Staates, und ſie zu erhalten und zu ſchützen, liegt in der Aufgabe der konſervativen Partei. Die Wahrnehmung dieſer Intereſſen kann man nicht als eigenſüchtige Intereſſenpolitik bezeichnen. Die Verſchuldung des landwirthſchaftlichen Beſitzes nimmt rapid zu. Allein im letzten Jahre ſind 122 Millionen an Hypotheken mehr eingetragen, als gelöſt worden. Der Großgrundbeſitz iſt im Durchſchnitt mit 32 Prozent des Werthes beſchuldet. Der Kleingrundbeſitz iſt allerdings weniger mit Schulden beſchuldet, aber er hat höhere Zinſen zu bezahlen, weil er bei der Aufnahme von Hypotheken ſich nicht an die Landſchaft, ſondern an Privatleute wendet. Die Produktionskoſten ſind außerordentlich geſtiegen und ſtehen bei uns im Verhältniß zum Weltmarktpreis, da auf dem Weltmarkt Länder mit geringen Produktionskoſten konkurrenziren. Dadurch wird Ländern mit unterwerthiger Valuta unſereſeits gewiſſermak eine Importprämie gewährt. Allerdings hat ein großer Theil der konſervativen Partei für die Handelsverträge vom Jahre 1892 geſtimmt, aber wenn erkannt worden iſt, daß dieſes ein Fehler war, ſoll dieſer Fehler von uns weiter gemacht werden? Der nächſte wichtigſte Vertrag iſt der ruſſiſche. Die ruſſiſche Valuta iſt aber der unrigen gegenüber nicht bloß eine unterwerthige, ſondern auch eine ſchwankende. Die ruſſiſchen Ausfuhrartikel werden aber gerade bei uns verbraucht, und ſie drücken vermöge der ruſſiſchen Valuta auf den Inlandspreis unſerer Produkte, wodurch gerade die nothleidendſten Gebiete getroffen werden. Die Induſtrie mag von einem ruſſiſchen Vertrag Vortheil haben, aber es iſt doch noch nicht ausgemacht, daß die Vergütigungen, welche Rußland den deutſchen Induſtriellen Produkten zugeſtanden hat, auch in der Praxis gebahnt werden. Die Regierung hat die Landwirtschaft der Induſtrie nachgeſetzt, es muß darauf hingewirkt werden, daß das Umgekehrte geſchieht. (Hört! hört! links.) Die vom Landwirtschaftsminifter verſprochene Währungsfrage können wir noch nicht beurtheilen. Wir werden abwarten müſſen, ob die Regierung die Einführung einer beweglichen Joſtſkala oder die Feſtlegung der Währung für möglich hält. Eine Erklärung der Regierung, daß ſie die Währungsfrage berückſichtigen werde, ehe ſie zum Abſchluß von Handelsverträgen ſchreite, wird in hohem Grade beruhigen. (Beſtand recht.)

Handelsminister **Fehr. v. Berlepsch**: Die Staatsregierung sieht sich aus sehr erklärlichen Ursachen nicht in der Lage, im gegenwärtigen Augenblick über die Spezialitäten eines russischen Handelsvertrages hier zu verhandeln. Sie wird sich daher in ihrer Antwort an die allgemeine Fassung der Interpellation halten müssen. Die Staatsregierung wird jedem Handelsvertrag und ganz besonders auch solchen, in denen eine Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle ins Auge gefaßt ist, ihre Zustimmung nur dann geben, wenn sie die Ueberzeugung gewonnen hat, daß der Inhalt den wirthschaftlichen Verhältnissen Preussens entspricht. Sie ist aber nicht in der Lage, diese ihre Zustimmung abhängig zu machen von einer Bedingung, deren Erfüllung sie für unmöglich hält. (Sehr wahr! links. Unruhe rechts.) Der Vorredner meint, daß es vielleicht denkbar sei, in einem mit einem anderen Staate abzuschließenden Vertrage Bestimmungen aufzunehmen, die eine Bindung der Währungsfreiheit bedeuten. Ich glaube, daß die Bindung der Währungsfreiheit durch internationale Verträge von keinem Staate gewährt werden kann. (Aha. Rechts: Sehr richtig! Lachen rechts.) Das ist nicht bloß für Rußland oder für Oesterreich oder für irgend einen anderen Staat unmöglich, sondern es würde am allerwenigsten für uns selbst möglich sein, uns der Freiheit zu begeben, nach Lage der wirthschaftlichen Verhältnisse auch die Währungsverhältnisse zu bestimmen. Darauf kann sich kein Staat einlassen. Der Vorredner hat weiter eine sogenannte gleitende Wollskala in Vorschlag gebracht, die den Zoll in seiner Höhe abhängig macht von dem Kurs der Valuta des Vertragslandes. Dieser Vorschlag würde unserer Auffassung nach nicht ausführbar sein, für Deutschland die empfindlichsten Folgen haben und für die deutsche Landwirthschaft eine große Gefahr mit sich bringen. (Unruhe rechts.) Wie soll das denn gemacht werden? Rangirt man den Zoll nach dem augenblicklichen Stand der Valuta, so muß der Zoll ja nach den Kursschwankungen an der Börse von Tag zu Tag schwanken herauf- und herabgehen. Oder will man in Aussicht nehmen, die



sein Getreide selbst unter ungünstigen Frachthandelsverhältnissen auf den Weltmarkt, und dies vergrößerte Angebot drückt auf den Weltmarktpreis. Selbst wenn alle Nachteile eintreten, die die Agrarier befürchten, dann hat doch die Regierung auch noch auf die anderen Gewerbetreibenden Rücksicht zu nehmen. Man kann vollkommen einverstanden sein mit der Minderung des Handelsministers, daß auch Handel und Industrie an der Stetigkeit des Silberpreises Interesse haben. Aber es ist doch etwas anderes, ob man Experimente machen und den Silberpreis künstlich steigern will. Graf Kanitz verlangt in seiner letzten Broschüre sogar eine staatliche Ausprägung von 75 M. Silbergehalt pro Kopf der Bevölkerung. Das macht vier Milliarden. Das würde auf der anderen Seite einen großen Abfluß von Gold ins Ausland zur Folge haben und eine Steigerung der Umlaufsmittel, die auf die Preise aller Waaren, auch der landwirtschaftlichen in hohem Grade brüden würde. Ihre fortwährende Geltendmachung einzelner Interessen muß zu einer Reaktion führen, die alle die großen und kleinen Heilmittel, welche Sie vorschlagen, vernichtet. (Beifall links.)

**Abg. Frhr. v. Erffa (konf.):** Die Erklärung der Regierung hat in Bezug auf den russischen Handelsvertrag nicht beruhigend gewirkt, und ich fürchte, es wird unseren Freunden im Reichstage dadurch unmöglich gemacht, für die Regierung zu stimmen. Die Zeit der platonischen Erklärungen ist vorbei. Der Minister hat unsere Ansicht, daß bei den abgeschlossenen Handelsverträgen die Landwirtschaft gegenüber der Industrie im Nachteil gewesen ist, nicht widerlegt. Ich selbst habe das erfahren. Ich wohne in einem thüringischen Industriebezirk, in dem 140 Einwohner auf den Quadratkilometer kommen, und wo jeder Arbeiter seinen Weizen nachts von Weizen kauft. Trotzdem ist es mir nicht möglich gewesen, zu Weihnachten 100 Zentner Weizen zu verkaufen. Die Mühlen, an die ich schrieb, antworteten theils nicht, theils, daß sie den Weizen wagnungsweise aus Ungarn beziehen. Die Landwirtschaft für Mühlenindustrie in Pesti hat neulich in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, die Produktion mit Rücksicht auf den vermehrten Export zu verdoppeln, d. h. also um uns mit Weizen zu überflutem. In Sachsen müssen jetzt einzelne Landwirthe zum extensiven Betriebe übergehen, zur Weiden- und Holzwirtschaft. In der Währungsfrage muß doch in Gottes Namen Jemand anfangen, und ich wünschte, daß es die preussische Regierung wäre. Der Minister befürchtet von der Einführung einer gleitenden Skala eine Erhöhung der Spekulation. Größer als jetzt kann die Spekulation dann nicht sein, denn heute wird nicht bloß auf den Zoll, sondern auch auf den Rubelkurs spekulirt. Die Rücksicht auf den inländischen Silberbergbau hätte die Regierung schon früher zu einer Untersuchung über die Währungsfrage führen müssen. Mit Unrecht folgert Abg. Broemel aus der verringerten Anzahl von Substationen, daß es der Landwirtschaft besser geht. Viele Gläubiger stellen nicht den Substationsantrag, weil sie fürchten, mit dem Grundbesitz sitzen zu bleiben. Wenn der kleine Grundbesitz weniger verschuldet ist als der große, so liegt das daran, daß die Inhaber des kleinsten Grundbesitzes gewerbliche Arbeiter sind, die auf den Ertrag ihres Grundstücks nicht allein angewiesen sind. — Viel neues läßt sich über die ganze Frage nicht sagen. Ich werde der Meinung des Abg. Richter folgen, die Debatte nicht hinzuziehen. Abg. Richter hat uns in voriger Session sehr vernachlässigt. Er scheint doch eingesehen zu haben, daß er hier nicht so viel zu bedeuten hat, wie im Reichstage, wo eine geschlossene Majorität hinter ihm steht. Es ist hier nicht der Resonanzboden für das Metall seiner Stimme. (Redner macht eine Pause.) **Abg. Richter:** Der Witz kommt noch. (Heiterkeit.) Sogar der Staatssekretär des Auswärtigen, Frhr. v. Marschall, hat ausdrücklich gesagt, daß derjenige, der den rumänischen Handelsvertrag angenommen hat, noch lange nicht genügt sei, für den russischen zu stimmen. Wenn also die Konservativen für die früheren Verträge gestimmt haben, so sind sie dadurch nicht genötigt, auch den russischen anzunehmen. Die Agitation gegen den russischen Handelsvertrag geht durchaus nicht allein von dem Bund der Landwirthe aus. Die gesamten landwirtschaftlichen Centralvereine haben sich auch dagegen ausgesprochen, auch der sächsische. Und in Sachsen ist nicht der Großgrundbesitz vorherrschend, sondern der mittlere und kleine Grundbesitz nimmt 70 Proz. der gesamten Fläche ein. Ich freue mich, daß der Abg. Richter sich von Denunziationen von Personen, wie sie in der letzten Zeit in der „Freis. Stg.“ verstanden haben, freigehalten hat. Ich lese die „Freis. Stg.“ und halte sie sogar. (Heiterkeit.) Etwas Widerwärtigeres und Unwürdevoller als diese fortwährenden Denunziationen nach dem Erlaß des Ministerpräsidenten ist mir noch nicht vorgekommen. (Beifall rechts.) Da war sogar ein Landrath in meiner Provinz angeklagt, der an einer Versammlung theilgenommen haben sollte, die gegen den russischen Handelsvertrag einberufen war. Da war die Frage aufgeworfen, ob diese Versammlung polizeilich genehmigt war. Die ganze Sache war absolut falsch, aber eine Verichtigung wurde nicht gebracht. Es war ein niedriges Verfahren, das ich hier ausdrücklich kennzeichnen will und das uns sehr verletzt hat: und ich freue mich, daß sich Abg. Richter davon freigehalten hat. Ich habe in der gestrigen Rede des Abg. Richter den Mannesmuthe vor Königs throne vermisst. (Heiterkeit.) Ich halte es für die Hauptaufgabe eines Landrathes, die Bevölkerung monarchisch zu erhalten. Dazu gehören eine starke Armee, gesunde Finanzen und Zufriedenheit der Bevölkerung. Dafür treten wir Konservativen ein, und darin liegt unsere Zukunft. (Beifall rechts.)

**Abg. Dr. Krause (nall.):** Ich halte mich nicht für ermächtigt, im Namen meiner Freunde eine Erklärung für oder gegen den russischen Handelsvertrag abzugeben, und ich bebaure die Bemerkung des Vorredners, daß nach der Erklärung des Ministers kein Konservativer für den russischen Handelsvertrag stimmen könne. Bezüglich des Gegenstandes der Interpellation. Neben mir durchaus auf dem Standpunkt des Ministers. Der Weise soll noch erst erwägen, der augenblicklich und dauernd helfende Mittel für Hebung der Landwirtschaft vorschlägt. Die bis jetzt gemachten Vorschläge sind nicht ausführbar. Auch meine politischen Freunde haben stets für Hebung des Mittelstandes gewirkt. Wir sollen uns aber hüten, einen Berufsstand gegen den andern auszuspielen. Das kann nie zur Zufriedenheit im Lande führen. (Beifall links.)

**Abg. Graf Hunsbröck (Centr.):** Unsere jetzige Handelspolitik verläßt vollständig den Boden der Gemeinamkeit der Interessen sämtlicher produktiven Stände. Jetzt spielt man die Industrie gegen die Landwirtschaft aus. Ich habe seiner Zeit die Regierung darauf hingewiesen, daß eine Bewegung in der Landwirtschaft entstehen würde. So sehr ich die Ausschreitungen des Bundes der Landwirthe mißbillige, so berechtigt ist der Kern der Agitation. Wenn sich die Agitation auf den Westen ausbreiten sollte, würden wir vielleicht von unfremd ganzrecht Gebrauch machen müssen, wir haben die landwirtschaftlichen Vereine. (Hört, hört! links.) Früher sind die Freisinnigen immer gegen die Getreidezölle eingetreten, mit der Begründung, daß die Zölle den Getreidepreis vertheuerten. Jetzt erklären sie, der Zoll habe auf den Getreidepreis keinen Einfluß. Wer so argumentirt, spekulirt auf die Gedächtniskräfte seiner Gegner. (Sehr richtig! rechts.) Die Substationen nehmen ab, weil die Gläubiger nur nach großem Zögern an Zwangsversteigerung herangehen, weil sie sonst eventuell einen Theil ihrer Hypotheken verlieren. Auch werden die freihändigen Verkäufe nicht berücksichtigt. Bezüglich der Interpellation siehe ich auf dem Standpunkt des Ministers. Eine Regelung der Währungsfrage kann nur

auf internationalem Wege geschehen, nicht in einzelnen Verträgen. Die Erklärung der Regierung im Herrenhaus begrüße ich mit Freuden. Die Aufhebung des Identitätsnachweises würde nur dem Zwischenhandel zu gute kommen. Wir haben kein Interesse daran, uns im eigenen Hause zu streiten. Ich bitte daher die Herren aus dem Osten, solche Wünsche zurückzustellen hinter die Gemeinamkeit unserer Interessen. Auch die Staffeltarife müssen beseitigt werden, sie sind ursprünglich als Nothstandstarife eingeführt worden, jetzt werden sie im fiskalischen Interesse aufrecht erhalten. Ich rufe der Regierung zu: videant consules ne quid detrimenti capiat agricultura.

**Abg. Gothein (Frs. Berg.):** Ihr ganzer Gedankengang, daß die Produktionskosten der Landwirtschaft in Rußland wegen des niedrigen Rubelkurses sehr gering sind, ist grundfalsch. Vor Einführung unserer Zollpolitik stand der russische Rubel über 280, er ist erst nach dem russisch-türkischen Kriege heruntergegangen. Der Provinziallandtag Schlesiens hat anerkannt, daß Schlesien ohne Import ausländischen Getreides nicht auskomme. Das war allerdings 1876. (Allo! rechts.) Die Verhältnisse aber haben sich seitdem nicht verändert. Die Aufhebung des Identitätsnachweises würde auch dem schlesischen Getreide Nutzen bringen, da sie einen Export des Getreides ermöglichte. Die Getreideproduzenten können den Getreidehandel und die Getreidespekulation nicht entbehren. Denn sie bewirkt es, daß in Zeiten niedriger Getreidepreise und guter Ernten aufgespart wird für schlechtere Zeiten. Was wären die Folgen einer Ablehnung des russischen Handelsvertrages? Schon jetzt kommt auf der Oder eine Menge amerikanischer Weizens und Roggens nach Schlesien, was nutzt also die Sperre gegen Rußland? Der Präsident Cleveland hat sogar die amerikanischen Farmer aufgefordert, so lange die Sperre gegen Rußland dauere, sich die Situation zu Nuzen zu machen. Also der russische Handelsvertrag liegt gerade im Interesse der Landwirtschaft. Eine Aufhebung des Identitätsnachweises beim Befahren eines Differentialzölles ist ein Unsinn. Der Identitätsnachweis aber muß aufgehoben werden, denn sein Befahren hat nicht bloß dem Osten, sondern auch dem Westen und Süden geschadet. Es ist ein Grenzzeugnis für den deutschen Handel, daß er gegenüber den Agitationen des Bundes der Landwirthe geschwiegen hat, um nicht der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Sie aber wollen das. Ihr Antrag ist nichts anderes als eine Demonstration, um der Regierung das Leben sauer zu machen. Wo soll denn der Ueberfluß unserer Industrie hin? Von der gleitenden Skala ist nur eine willkürliche Spekulation zu erwarten, eine Unsicherheit im ganzen wirtschaftlichen Leben. An einer Beseitigung der Schwankungen des Silberpreises haben wir allerdings in Rücksicht auf die Länder mit Doppelwährung ein Interesse. Was aber den Bergbau betrifft, so mag der Oberharzer und Freiburger Bergbau wohl ein Interesse an dem Steigen des Silberpreises haben, der rheinische und ober-schlesische Bergbau aber hat es nicht. Erreichen werden Sie mit der Agitation nichts, die Regierung wird doch stärker sein. Seien Sie doch loyal und agittiren Sie doch erst, wenn der Handelsvertrag vorliegt. Wenn Sie die Solidarität der Interessen zwischen Landwirtschaft und Industrie wollen, so beweisen Sie es hier. (Beifall links, Zischen rechts.)

**Abg. v. Kardorff:** Die Solidarität der Landwirtschaft mit der Industrie besteht, aber mit dem Handel ist es doch eine andere Sache. Derselbe bildet für die Landwirtschaft, namentlich was die Differenzgeschäfte anbelangt eine Gefahr. Wir haben hier wohl ein Recht, über den russischen Handelsvertrag zu sprechen, denn wir wissen, was er enthält, daß nämlich der Zoll auf Getreide auf 3,50 M. herabgesetzt wird. Bezüglich des Identitätsnachweises stimme ich dem Vorredner bei. Ich stehe nicht ganz auf dem Boden der Interpellation, denn ich glaube nicht, daß wir einem einzelnen Lande gegenüber verlangen können, daß es seine Valuta regelt. Mein Vorschlag geht dahin, im allgemeinen von allen Ländern mit unterwerthiger Valuta, mit Gold- und Silberagio einen diesem Disagio entsprechenden Zollaufschlag erheben. Nun fragt man: Was wird Oesterreich dazu sagen? Aber vergessen Sie doch nicht, daß Oesterreich seinen Getreideexport nach Deutschland verliert, sobald der russische Vertrag zu Stande kommt. (Widerpruch links.) Diese Bestimmung brauchte bloß auf Getreide und Mehl beschränkt zu werden. Oesterreich hätte von einer solchen Zollfala gegenüber allen Vertragsländern den Hauptvorteil, sodaß eine Vereinbarung mit ihm leicht zu erzielen wäre. Die gleitende Skala ist nicht eine Unterstützung für, sondern ein Schutz gegen die Spekulation. Die Goldwährung richtet die Landwirtschaft zu Grunde, wie es in England schon geschehen ist. (Beifall rechts.)

**Abg. Graf v. Ballestrem (Centr.):** Auf den ersten Augenblick berührt die Interpellation sympathisch; denn es läßt sich nicht leugnen, daß für jeden, der mit einem Lande mit unterwerthig schwankender Valuta als Käufer oder Verkäufer in Verbindung tritt, diese Valuta sich sehr unangenehm geltend macht. Allerdings kommt man, wenn man der Sache auf den Grund geht, alsbald dahinter, daß die Verhinderung dieser Umstände nicht nur nicht leicht, sondern geradezu unmöglich ist. Eine Rehabilitation des Silbers halte ich nur dann für möglich, wenn durch ein internationales Uebereinkommen zwischen den Staaten, wenigstens zwischen den Silberproduzenten, eine Kontingentirung der Silberproduktion herbeigeführt wird, sonst würden in den Minen in Amerika, sobald der Silberpreis steigt, derartige Mengen Silber produziert werden, daß der Preis bald wieder sinken und die Grenze erreicht würde, wo das Silber aufhört, ein edles Metall zu sein. Denn zum Gelmetall gehören nicht bloß gewisse chemische und physikalische Eigenschaften, sondern auch die Eigenschaft der relativen Seltenheit. (Sehr richtig! links.) Es bleibt also nur der Weg der gleitenden Skala übrig. Warum die Herren sich nur auf das Getreide beschränken, ist mir nicht klar. (Sehr wahr! links.) Alle übrigen Käufer und Verkäufer haben dasselbe Recht. (Abg. Richter: Natürlich!) Die gleitende Skala würde den Einfluß der Börse auf die Landwirtschaft ins Ungemessene steigern. Außerdem wäre es in die Hand des russischen Finanzministers gegeben, der auf den Rubelkurs einen entscheidenden Einfluß ausübt, zu gewissen Zeiten den Rubelkurs so zu stellen, daß er den russischen Interessenten am nützlichsten ist. Wenn nun die Sache so liegt und die Interpellanten doch sagen: Wenn den Voraussetzungen dieser Interpellation nicht genügt wird, so werden unsere politischen Freunde im Reichstage gegen den russischen Handelsvertrag stimmen, dann kann man von vornherein annehmen, daß es der Zweck dieser Interpellation war, dieses hier im Landtag auszusprechen. (Sehr wahr!) Der landwirtschaftliche Nothstand besteht in allen Theilen Deutschlands, auch in Schlesiens. Die Ursachen liegen zunächst in der Vertheuerung, die wieder ihren Grund hat entweder in Erbschindungen oder in Käufen, wo der Grundvertrag in keinem Verhältnis zum Preise steht. Ein anderer Grund liegt in den Lasten, die auf dem Lande liegen. Endlich trägt dazu bei die Höhe der Produktionskosten. Für den größeren Grundbesitz tritt ein anderes hinzu, die bisherige Art der Bewirtschaftung. Die Großwirtschaften sind sehr teuer, ich weiß es von mir selbst. Die auf dem Grundbesitz liegenden Lasten sind schon etwas verringert. Trotzdem besteht der Nothstand, und die Landwirtschaft glaubt, daß, wenn der Zoll auf Getreide nicht herabgesetzt worden wäre, der Nothstand geringer wäre. Nachdem aber in früheren Verträgen der Zoll herabgesetzt worden ist, ist es von keiner hohen Bedeutung, wenn auch Rußland gegenüber der Zoll herabgesetzt wird. Seit dem russischen Zollkrieg sind die Preise nicht gestiegen, sondern dauernd gefallen. Man sagt man,

durch die Herabsetzung des Zolls Rußland gegenüber würde die Reichskasse einen großen Einnahmeausfall haben. Es ist aber von keiner Bedeutung für die Kollektoren des Reichs, ob gegen Rußland der Zoll von 5 M. beibehalten wird und gegen alle übrigen Länder der 3,50-Zoll besteht. Die ober-schlesische Industrie hat unter dem Zollkrieg außerordentlich gelitten. Sie hat sich bis jetzt ganz ruhig verhalten, sie hat nicht geschrien, weil sie einseh, daß es zum Wohl des Vaterlandes nothwendig wäre, diesen Zollkrieg zu führen. Jetzt ist Aussicht auf Besserung für sie eingetreten, vorausgesetzt, daß Rußland die nöthigen Konzessionen macht. Im ersten Semester 1893 wurden aus Schlesiens trotz relativ ungünstiger Geschäftslage und unter sehr wenig zufriedenstellendem Rubelkurs und exorbitant hohen Zollsätzen Seitens Rußland über 378 000 Doppelcentner Walzeisen und 123 080 Doppelcentner Blech nach Rußland ausgeführt. Also 14 pCt. der ober-schlesischen Walzeisenproduktion und 23,8 pCt. der Produktion von Blechen sind nach Rußland gegangen. Sie können sich denken, was für einen Ausfall der Zollkrieg hervorgerufen hat; zur Herstellung dieser Bleche waren 5000 Arbeiter verwannt, diese 5000 Arbeiter hätten eigentlich, wenn die Arbeitgeber nur ihren Vortheil wahrgenommen hätten, entlassen werden müssen, die Arbeitgeber haben das nicht gethan, sie haben die Arbeiter weiter geschleppt, allerdings mit Einlegung von Felleisichten. Die Arbeiter haben auch weniger verdient und weniger landwirtschaftliche Erzeugnisse konsumiren können. Wenn jetzt ein Handelsvertrag mit Rußland nicht zu Stande kommt, so wird die ober-schlesische Industrie sich außerordentlich einschränken und zur Entlassung von Arbeitern schreiten müssen. Die Fabrikation von Roheten, die Arbeiten in Kohlenbergwerken sind hier noch gar nicht berücksichtigt. Darüber nur so viel: von den 23 Hochöfen, die vier sehr patenten Gesellschaften gehören, sind während des russischen Zollkrieges neun ausgeblasen worden. Und doch würden auch die Industriellen nicht wünschen, daß ihnen geholfen würde, wenn dadurch der Landwirtschaft ein größerer Nachtheil zugefügt wird. Denn ich und auch die Herren Industriellen, die meine Quellen sind, wir stehen auf dem Boden, auf dem wir 1879 gestanden haben, daß die vaterländische Industrie und die vaterländische Landwirtschaft dieselben Interessen haben und denselben Schutz beanspruchen können. Sie sagen immer: Die Industrie wird bevorzugt. (Sehr richtig! rechts.) Jedes zu seiner Zeit! Als wir 1879 dieses Kartell schlossen, als wir Landwirtschaft uns mit den Industriellen solidarisch erklärten, betrug der Getreidezoll 1 M., der landwirtschaftliche Schutz Zoll ist aber auf 3 und später auf 5 M. hinaufgegangen, während die Industrie nichts mehr bekommen hat. (Sehr richtig! links.) Die Industriellen haben auch nichts mehr verlangt. (Sehr wahr! links.) Sie halten treu zur Bundesgenossenschaft, wir haben gemeinsame Feinde genug, um mit der Industrie zusammen zu halten, als daß wir auf deren Hilfe verzichten. Eine lauffähige Industrie ist die beste Abnehmerin der Landwirtschaft. Ich kann nur sagen, daß die Landwirthe in Industriegegendem keinen Nothstand haben. (Unruhe rechts.) Aber auch die Industrie hat an der Landwirtschaft ein großes Interesse; die Landwirtschaft ist ihr bester Kunde. Weßhalb sich also gegenseitig Vorwürfe machen? Ich bekenne mich auch als Agrarier, auch ich will das Bösen der Landwirtschaft und mitwirken zu allen Maßregeln, die den Nothstand lindern, den ich voll und ganz anerkenne. Ich unterscheide mich nur darin vom Grafen Hunsbröck, daß ich nicht allein die Landwirtschaft blühen lassen will, sondern auch alle anderen Erwerbszweige. (Zuruf rechts: Wir auch!) Wenn Sie das auch wollen, dann lassen Sie von Ihrer wirklich unmäßigen Agitation gegen den russischen Handelsvertrag. (Sehr richtig! links.) Der russische Handelsvertrag wird der Landwirtschaft sehr wenig schaden, der Industrie sehr viel nützen. (Beifall.)

**Abg. Dr. Friedberg (atl.):** Herr Gothein hat die Frage aufgeworfen, ob ein Zusammenhang zwischen Getreidepreis und Rubelkurs zu beweisen ist. Das ist eine so elementare Thatsache, daß ein Beweis gar nicht nöthig ist. (Widerpruch links, Beifall rechts.) Das ist unbestreitbar, und auch Herr Richter sollte diesen Satz der Nationalökonomie wissen. Wie war es denn mit Italien? Der Vertrag wurde auf Grund der damaligen italienischen Währung geschlossen, nun, nach zwei Jahren werden plötzlich die Zölle im Gold erhoben. Das bedeutet eine Erhöhung des Zolls um 15 Proz. Die gleitende Skala, welche die rechte Seite will, hat allerdings den Nachtheil, daß eine tägliche Berücksichtigung des Kurzes nicht möglich ist, eine Berücksichtigung auf längere Perioden aber möglicherweise gerade der Landwirtschaft Schaden bringen könnte. Einen Satz sollte man aber in jeden Vertrag aufnehmen, daß der Zoll in demjenigen Gelde zu bezahlen ist, in dem alle anderen Zahlungen des betreffenden Landes, namentlich die Steuern erfolgen. Der Minister hat darauf geantwortet: Das läßt sich kein Staat gefallen. Nun, läßt sich der Staat das nicht gefallen, so unterlassen wir den Vertrag. (Sehr richtig! rechts.) Gerade die Freihandelschwärmer, die den glatten internationalen Verkehr haben wollen, müssen einen internationalen Ausgleich in den Valutaverhältnissen anstreben. Jede handelspolitische Aktion wird durchkreuzt, so lange die heutige Währung dauert. Wenn so viel Geld vorhanden wäre, daß alle Staaten zur Goldwährung übergehen könnten, so müßte jeder ein fanatischer Anhänger der Goldwährung sein. Das ist aber ein unerreichbarer Zustand, zumal da die Hälfte des jährlich produzierten Goldes nicht zu Geldzwecken verwandt wird. Eine einseitige Einführung der Doppelwährung mit Ausschluß Englands würde ich nicht befürworten. Aber England befindet sich jetzt in Folge der indischen Geldverhältnisse in schwieriger Lage, und so würde es zu einer internationalen Regelung der Währungsfrage wohl geneigt sein. Die Regierung muß nur energischen Willen haben, den Willkürhänden abzuwehren. Wo aber ein Wille, da ist auch ein Weg. (Beifall rechts.)

Darauf verträgt sich das Haus.  
Zur Geschäftsordnung bemerkt  
**Abg. Dr. Arendt** auf den Vorschlag des Präsidenten, die morgige Sitzung wie gewöhnlich auf 11 Uhr anzuberaumen: Ich bitte, die Sitzung morgen um 10 Uhr anzuberaumen, um sie frühzeitig zu Ende zu bringen, da morgen ein Ereigniß eintritt, an dem wir alle mit dem Herzen theilhaftig sind und es fraglich ist, ob wir dann die nöthige Ruhe und den Ernst haben werden, um unsere Verhandlungen fortzusetzen.  
In der Abstimmung wird der Vorschlag des Abg. Arendt mit großer Mehrheit verworfen.  
Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Fortsetzung der Verhandlung der Interpellation.) Schluß 4 Uhr.

## Die Lage.

□ Berlin, 25. Jan.

Der Berichterstatter hat sich in diesen aufgeregten Tagen damit zu begnügen, die Ereignisse wiederzugeben, wie sie sich darstellen, unbefümmert darum, ob krasse Widersprüche zwischen den verschiedenen Mittheilungen klaffen, die ungesucht in reichster Fülle aus der politischen Welt zu Jedem herandrängen, der in diese politischen Wirbel eintritt. Die überschwänglichsten Hoffnungen und die düstersten Befürchtungen sowohl persönlicher wie politischer Natur jagen einander. Im Reichstage war man am Mittwoch geneigt gewesen, eine Rückwirkung der Versöhnung auf die gegenwärtige Konstellation der Verhältnisse sowohl



nach ihren politischen Grundströmungen hin wie in Bezug auf Personenfragen nicht anzunehmen. Dies Bild erscheint heute einigermaßen geändert, wenigstens insoweit die Auffassungen solcher Persönlichkeiten in Betracht kommen, die in der Lage sind, sich an den leitenden Stellen direkt Auskunft zu holen. Es wird nicht für unmöglich gehalten, daß einige Männer in hervorragenden Stellungen finden werden, sie hätten nicht mehr dasjenige Maß von Vertrauen, dessen sie zur Fortführung ihrer Aemter bedürfen. Wir unterlassen es, diese Personen zu nennen, und nicht zuletzt darum, weil trotz der Sicherheit, mit der die erwähnten Ausstellungen verbreitet werden, sehr vieles dafür spricht, die Methode des gelassenen Abwartens noch einige Zeit beizubehalten.

Von allen bunt verschlungenen Kombinationen und Auffassungen, denen man jetzt begegnet, erscheint uns als annehmbarste diejenige, die resignierter Weise zu dem Geständnis kommt, daß Niemand wissen kann, was werden wird, einfach weil derjenige Mann, der die letzten Entscheidungen zu treffen hat, bis heute noch Keinem gesagt hat, wie es sich entscheiden wird, und dieser Mann ist der Kaiser. Es fehlt durchaus an einer authentischen Darlegung der Motive und der Willensmeinung, die für die kaiserliche Politik maßgebend sind. Um nicht mißverstanden zu werden, sei das eigentlich Ueberflüssige gesagt, daß kein Zweifel sich an die Hochherzigkeit der persönlichen Initiative des Monarchen herangewagt hat und heranwagen kann. Es ist ganz selbstverständlich, daß der erste und letzte Antrieb zur Verständigung aus dem Bedürfnis eines nach Versöhnung verlangenden, edlen, menschlich schönen Empfindens entsprungen ist. Aber diese Dinge, die Annäherung an den Fürsten Bismarck und sein Kommen, werden ganz von selbst zu praktischen Folgen führen müssen. Dafür sorgt, daß es Männer der Politik sind, die hier in Aktion treten, und bei denen auch Gefühlsmomente sich, selbst gegen ihren Willen, in reale Thaten umzusetzen pflegen.

Die Unsicherheit der Lage beginnt hiernach dort, wo die Unsicherheit darüber einsetzt, wie der Kaiser unter dem Eindruck der jüngsten Wendung sich entschließen wird, Dinge und Menschen anzusehen. Es ist trotz aller entgegenstehenden Vermuthungen sehr gut möglich, vielmehr wahrscheinlich, daß hinterher alles so bleiben wird, wie es war, und die gedämpfter gewordene Stimmung der Konservativen spricht nicht zuletzt für diese Meinung, in der wir uns mit hervorragenden, den Verhältnissen ganz objektiv gegenüberstehenden Männern begegnen. Aber zur Vollständigkeit des Tagesbildes gehört es, daß Besorgnisse über krisenartige Folgen der Versöhnung thatsächlich vorhanden sind. Der Name des Grafen Herbert Bismarck wird in den möglichen Kombinationen einer freilich nicht unmittelbar bevorstehenden Zukunft mit merkwürdiger Accenturung verschiedentlich genannt. Was das bedeuten müßte, wenn es mehr als der bloße Widerhall einer aufgeregten Stimmung wäre, das kann sich jebermann sagen. Gerade deshalb meinen wir, daß die Zeichendeuter in die Irre gehen. Sie werfen nämlich den Namen des Grafen Bismarck in die Erörterungen, ohne weitere Folgen daraus herzuleiten, als daß dieser oder jener Untergebene des Reichskanzlers gehen würde.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Wirkungen sich jedoch nicht in dieser Weise würden beschränken lassen, daß wir vielmehr vor einer ausgedehnten Kanzlerkrise ständen, wenn die ange deuteten Aenderungen beabsichtigt wären. Die Wahrheit ist nun aber, daß wir eine Kanzlerkrise nicht haben. An dem Einverständnis des Kaisers mit dem Grafen Caprivi ist jetzt vielleicht noch weniger als bisher zu zweifeln. Die hochoffizielle Darlegung, wonach die Entsendung des Grafen Moltke nach Friedrichsruh geschehen ist, ohne daß vorher in Regierungskreisen Jemand von dem Entschluß des Monarchen Kenntniß gehabt hat, besagt nach unseren sehr guten Quellen nicht etwa, daß jene Sendung gegen den Willen des leitenden Staatsmannes geschehen ist, sondern nur, daß sie kein Akt der Regierungsthätigkeit war, für die der Reichskanzler mit verantwortlich ist, vielmehr ein privater Akt, dem kein Einfluß auf den Gang der Politik eingeräumt werden soll.

## Deutschland.

□ **Berlin, 25. Jan.** [Vom Fürsten Bismarck.] Fürst Bismarck wird vom Prinzen Heinrich, dem Generalobersten v. Pape und dem Stadtkommandanten von Rastatt abgeholt werden. Der Kaiser hat nur darum auf die Einholung seines Gastes verzichtet, weil er zur selben Stunde den König von Sachsen empfängt. Im Reichstage hieß es, daß die Trinksprüche beim nach der Ankunft der Gäste stattfindenden Essen vielleicht vom „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden. Der Fürst wird nach diesem Essen mit seinen intimen Freunden in seinem Zimmer zusammen sein und bei der Rückreise, Abends 7 Uhr 19 Min., jedenfalls vom Kaiser zum Bahnhof begleitet werden.

Der „Vol.-Anz.“ vernimmt, daß das von den Blättern erwähnte zweite kaiserliche Handschreiben an den Fürsten Bismarck nach einer Konferenz des Kaisers mit dem Reichskanzler Grafen Caprivi abgefaßt worden ist. Man nimmt an, daß auch zwischen dem Grafen Caprivi und dem Fürsten Bismarck bei Anwesenheit des letzteren in Berlin eine Aussprache erfolgen soll.

Der Wiener „Polit. Corresp.“ wird aus Berlin geschrieben:

„Wie der deutsche Kaiser bereits in Güns aus der vorhergegangenen schweren Erkrankung des Fürsten Bismarck Alas genommen, seiner Fürsorge für die Gesundheit des Letzteren durch Anbieten eines königlichen Schlosses Ausdruck zu geben, so hat die jüngste Erkrankung des Fürsten an der Influenza zu dem Entschlusse des Kaisers geführt, durch die Entsendung eines Flügeladjutanten nach Friedrichsruh das allerhöchste Interesse für die

Gesundheit des Fürsten zu bekunden. Ebenso wie die bekannte Günser Depesche ist auch die am Montag erfolgte Entsendung des Flügeladjutanten Grafen Moltke der eigentlichen hochherzigen Initiative des Kaisers entsprungen. Der deutsche Kaiser hat mit dieser Entschliebung den Herzen unzähliger deutscher Patrioten, in denen durch die vom Parteikampf und -Gegänke getriebenen Blüthen eine falsche Vorstellung von den persönlichen Gefühnen des Kaisers für seinen und seiner Vorfahren früheren Reichstanzler herabgeseufst worden war, eine wahre und aufrichtige Freude bereitet. In diesem Sinne wird denn auch die That des Kaisers, an die sich der nunmehr bevorstehende Besuch des Fürsten anschließt, von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Blätter aufgefaßt. Die Wenigen, die auch diesen lediglich dem persönlichen Gefühle des Kaisers entsprungenen Vorgang für ihre eigenen parteipolitischen Zwecke auszunutzen möchten, und damit die Intentionen des Kaisers ebenfalls mißdeuten, wie sie dem Entschlusse des Fürsten Bismarck, nach Berlin zu kommen, falsche Motive unterlegen, kommen nicht zu Worte im Chor derjenigen, deren Patriotismus sich, von jeder Parteistellung abgesehen, in rein menschlichem Empfinden an der That ihres Kaisers freut. Zu den letzteren sind auch die derzeitigen vom Kaiser gewählten obersten Rathgeber der Krone zu zählen, denen der Kaiser seinen Entschluß kurz nach dessen Ausführung mitgetheilt hat.“

In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung des Bundesrathes wurde der Verlängerung des Handelsprovisatoriums zwischen dem Reich und Spanien (bis zum 31. März d. J.) zugestimmt; ebenso wurde dem Antrage der Ausschüsse betreffend die Veranlagung der Branntweinbrennereien für die Kontingenzperiode 1893/96, dem Antrage betreffend die Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen und dem Berichte über den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Schutz der Briefstauben und den Briefstaubenverkehr im Kriege zugestimmt.

W. B. **Köln, 25. Jan.** Der „Köln. Ztg.“ wird aus Berlin gemeldet, Fürst Bismarck habe den Kaiser gebeten, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand bereits morgen Abend nach Friedrichsruh zurückkehren zu dürfen. Am Bahnhofe findet großer Empfang statt. Die Fahrt geht sodann durch das Brandenburger Thor und die Straße „Unter den Linden“ nach dem königlichen Schlosse. Dabei wird eine Schwadron Garde-Kürassiere den Wagen des Fürsten begleiten. Im Schlosse findet sofort nach der Ankunft ein Frühstück im engsten kaiserlichen Familienkreise statt. Man glaubt, der König von Sachsen werde nach seinem Frühstück bei den Garde-Mannern den Fürsten begrüßen.

W. B. **Karlsruhe, 25. Jan.** Die Großherzogin ist erkrankt. Ihre Krankheit besteht in Bronchialkatarrh mit wechselnder Fieberbewegung. Der Großherzog hat infolge der Erkrankung der Großherzogin die Reise nach Berlin aufgegeben; anstatt seiner reist der Erbprinz heute Abend nach Berlin.

## Telegraphische Nachrichten.

**Wien, 25. Jan.** Der Reichsrathsabgeordnete, Hof- und Gerichts-Advokat Dr. Heinrich Jaques hat sich heute Mittag, vermuthlich aus Melancholie, erschossen.

**Prag, 25. Jan.** Die Stathalterei stiftete den Beschluß des Stabiverordneten-Kollegiums betreffend die Einreichung einer Petition an den Landtag wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes.

**Prag, 25. Jan.** [Mladina-Prozess.] Das Verhör der Angeklagten wurde heute beendet; morgen beginnt die Vernehmung der Sachverständigen und der Zeugen. Als der Angeklagte Redakteur Hein wegen der unter Anklage gestellten Sache seiner mit Beschlag belegten Artikel zur Rede gestellt wurde, berief er sich auf den jungczechischen Abgeordneten Janba, welcher solche Worte im Landtage gesprochen habe.

**Rom, 25. Januar.** Der deutsche Botschafter beim Quirinal, von Bülow, wurde heute vom Könige zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens in feierlicher Audienz empfangen. Die Audienz dauerte eine Stunde. Nach Beendigung derselben wurden die Mitglieder der Botschaft vom Könige empfangen.

**Barcelona, 25. Jan.** Auf den hiesigen Civilgouverneur wurde, als er aus seinem Hause heraustrat, ein Revolverchuß abgegeben, welcher ihn verwundete.

**Paris, 25. Jan.** Eine offizielle Meldung von der Besetzung Timbuktus fehlt noch. Der „Temps“ bestätigt jedoch die Nachricht mit dem Bemerkung, daß die Besetzung bereits vor mehr als vierzehn Tagen erfolgt sei. — Eine Depesche des Gouverneurs des Sudan meldet, daß Oberst Bonnier, nachdem er von der gefährlichen Lage der Nigerröthle bei Kabaka Kenntniß erhalten habe, nach Timbuktu marschirt und dort am 10. Januar eingetroffen sei. Die Tuaregs hätten am 28. Dezember eine Abtheilung der Flotille vernichtet. Ein neuer Zwischenfall sei nicht zu befürchten.

**Paris, 25. Jan.** [Deputirtenkammer.] Der Deputirte Graux interpellirte über die Produktion der französischen Kohlenminen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Jonnart antwortete, man könnte hoffen, die Einfuhr fremder Kohlen einzuschränken, aber nicht sie zu unterdrücken. Die Regierung könnte für diesen Zweck nur durch eine Ermäßigung der Tarife und durch die Verbesserung der Wasserwege wirken. Der Kriegsminister Mercier erklärte, er habe Befehl erteilt, für sein Ressort nur französische Produkte zu kaufen. Pelletan brachte eine Tagesordnung ein, in welcher die Regierung ersucht wird, die Eisenbahngesellschaften zu veranlassen, Tarife anzunehmen, welche den französischen Interessen entsprechen. Diese Tagesordnung wurde von dem Minister Jonnart und dem Ministerpräsidenten Casimir Perrier wegen ihrer imperativen Form abgelehnt, worauf sie von der Kammer mit 301 gegen 208 Stimmen verworfen wurde. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde eine Tagesordnung, mit der die Regierung, sich einverstanden erklärt hatte und welche dahin lautet, daß die Regierung sich bestreben werde, von den Eisenbahngesellschaften eine Verbesserung der Tarife zu erlangen, mit 393 gegen 3 Stimmen angenommen. Darauf wurde ohne Diskussion die Vorlage angenommen, durch welche das Fortbestehen der gemischten Gerichte in Aegypten auf 5 Jahre verlängert wird. Die Interpellation des Abgeordneten Dabry über die Marine wurde auf Dienstag festgesetzt.

**Madrid, 25. Jan.** Da das Räuberunwesen in Andalusien an Ausdehnung gewinnt, ist ein besonderer Richter zu dessen energischer Unterdrückung ernannt worden.

**Luxemburg, 25. Jan.** Der Bürgermeister Bresser und beide Schöffen haben ihre Amtsentlassung eingereicht, weil die heute stattgehabten Gemeinderathswahlen zu Gunsten der Protestpartei ausgefallen sind.

**London, 25. Jan.** Sir Gerald Portal, britischer Kommissar für Uganda, ist heute hier gestorben.

**Kopenhagen, 25. Jan.** In hiesigen Hofkreisen verlautet, daß

die Großfürstin Xenia von Rußland sich mit dem Großfürsten Alexander Michailowitsch verlobt habe.

**Belgrad, 25. Jan.** Die Blätternachrichten über eine Gährung im Innern Serbiens und über die Befürchtung von Ausschreitungen werden für vollkommen unbegründet erklärt. Im ganzen Lande herrscht beste Ordnung und Ruhe.

**Hamburg, 26. Jan.** [Privat-Telegr. der „Pos. Ztg.“] Die „Hamb. Nachr.“ bezeichnen die offenbare offizielle Darstellung des „Berl. Tagebl.“, daß Staatssekretär von Marschall dem Kaiser die Entsendung des Grafen Moltke nach Friedrichsruh angerathen habe, als Erfindung, ebenso die Angabe, daß Fürst Bismarck die Annahme des russischen Handelsvertrages als politische Nothwendigkeit bezeichnet habe.

## Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pos. Ztg.“

**Berlin, 26. Januar, Morgens.**

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Fast vier Jahre sind verfloßen, seit Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bismarck sich gegenüber gestanden haben. In der Zwischenzeit war Fürst Bismarck wiederholt in Berlin, aber nur auf der Durchreise zu kurzem Aufenthalt. Jetzt kommt er, um sich selbst beim Kaiser zu melden und als Gast des Kaisers im königlichen Schlosse zu verweilen. Er wird erfahren, daß, wie bei dem Monarchen, auch bei der Bevölkerung Berlins und der gesamten deutschen Nation die Dankbarkeit für seine unvergleichlichen Verdienste um das Vaterland nicht vergessen wird. Jeder gute Patriot blüht dankerfüllten Herzens zum Kaiser auf, der aus eigener hochherziger Entschliebung es unternommen hat, Deutschland solchen Freudentag zu bereiten. Möge dieses Fest der Versöhnlichkeit weitere Früchte tragen für unsere politische Lage.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bestätigt, daß Prinz Heinrich den Fürsten Bismarck am Bahnhofe empfangen wird. Außerdem ist ein militärischer Empfang am Bahnhof in Aussicht genommen. Das Publikum wird aus Rücksicht auf den Fürsten nicht zugelassen. Im Schlosse wird Fürst Bismarck wahrscheinlich erst an der Frühstückstafel des Kaisers theilnehmen und dann einige Besuche empfangen. Ueber die Dauer des Aufenthaltes läßt sich Bestimmtes noch nicht sagen, aber es ist als wahrscheinlich anzusehen, daß die Abreise gegen Freitag Abend erfolgt.

Die „Nat.-Ztg.“ meldet: Die Berliner Studentenschaft wird sich an dem Empfang des Fürsten Bismarck betheiligen. Sie wird wahrscheinlich Spalier bilden vom Denkmal Friedrichs des Großen bis zum königlichen Schlosse. — Die „Nat.-Ztg.“ begrüßt gleichfalls in einem warmen Artikel die Ankunft Bismarcks. Der Jubel gelte dem einigen Vaterlande.

Die „Pos. Ztg.“ schreibt: Gegenüber den Nachrichten, wonach die Regierung an einem weiteren Weinsteuergesetzentwurfe arbeiten soll, wird uns von einem parlamentarischen Berichterstatter versichert, daß die Regierung zunächst das Schicksal der Vorlagen der übrigen Steuergesetzentwürfe abwartet.

Die Stabiverordnetenversammlung genehmigte heute sämtliche zu den sozialdemokratischen Nothstandsantträgen von der Kommission gemachten Vorschläge, wodurch unter Ablehnung des 8 stündigen Arbeitstages und Vermehrung der Arbeitertruppe der Straßenreinigung der Magistrat ersucht wird, die bewilligten Hoch- und Tiefbauten in Angriff zu nehmen. Der Magistrat wird zugleich ermächtigt, die für die Armenverwaltung ausgefetzten Unterstützungssätze zu überschreiten.

Berichten aus Massa, Carrara und Sizilien zufolge herrscht in beiden Gebieten vollkommene Ruhe.

Die Amnestie des angeklagten liberalen serbischen Ministeriums durch den König soll, wie man aus Belgrad meldet, bevorstehen. Das betreffende Aktenstück wird am Sonnabend veröffentlicht werden.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1894.

| Datum        | Barometer auf 0 Gr. rebus. in mm. 66 m Seehöhe. | Wind.      | Wetter.       | Temp. i. Cel. Grad. |
|--------------|---|------------|---------------|---------------------|
| 25. Nachm. 2 | 758,8   | SW mäßig   | wolkig        | + 1,7               |
| 25. Abends 9 | 758,1   | SW schwach | bedeckt       | + 1,3               |
| 26. Morgs. 7 | 755,9   | SW leicht  | zieml. heiter | - 3,5               |
| Am 25. Jan.  | Wärme-Maximum + 2,0° Cel.                       |            |               |                     |
| Am 26. =     | Wärme-Minimum - 2,1°                            |            |               |                     |

## Wasserstand der Warthe.

|                            |            |
|----------------------------|------------|
| Posen, am 25. Jan. Morgens | 0,74 Meter |
| „ „ 25. = Mittags          | 0,74       |
| „ „ 26. = Morgens          | 0,74       |

## Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

### Fonds-Berichte.

\* **Berlin, 25. Jan.** [Zur Börse.] Das Geschäft hielt sich heute innerhalb sehr enger Grenzen. Die Stimmung war, wie wir das schon gestern zu konstatiren hatten, wenn auch abwartend, so doch überwiegend fest. Die Bismarck-Angelegenheit wirkt immer noch beruhigend. Dazu trat heute ein sehr flüssiger Geldstand. Ein süddeutsches Blatt erhielt zwar aus Berlin die Nachricht, daß an eine Diskonto-Ermäßigung überhaupt nicht zu denken sei. Wir glauben aber an unserer jüngsten Darstellung festhalten zu müssen, daß eine solche Maßregel ventiltirt wird. Die Reichsbank wird sich wohl schon durch den Rückgang des Privatdiskonts veranlaßt sehen, mit ihrem Sacke herunter zu gehen, wenn sie die Herrschaft über den offenen Markt zu verlieren fürchtet. Natürlicherweise dürfen die fremden Wechselcourse keine Steigerung erfahren, wie dies heute bei kurz London der Fall war, um nicht einen Goldabzug zu veranlassen. Ulimogeld stellte sich ziemlich niedrig, in Folge dessen hatten die Besitzer von Effekten keine Anregung, Stücke herbeizugeben, und war dies wohl der Grund des hier und da fühlbar werdenden Stüdemangels. Italiener zogen das Interesse heute in geringerem Grade auf sich und ermatteten später auf Pariser Course. Wir erwähnen noch, daß beim Aeltesten-Kollegium der Antrag gestellt wurde, die Börse wegen des morgigen Einzugs des



